

Wasser – ein Weg aus der Krise?

Wasserkraft für das Oberharzer Montanrevier

Claudia Küpper-Eichas

Die Nutzung der Wasserkraft als Energiequelle für Kraftmaschinen ist ein wesentliches Kapitel auch in der technischen Entwicklung des Montanwesens. Insbesondere im Oberharz entwickelte sich ein ganzes System von Anlagen aus Sammelgräben, Teichen, Aufschlaggräben und Wasserrädern, dessen Relikte bis heute diese Kulturlandschaft prägen und als Gesamtheit unter Denkmalschutz

Water – a way out of the crisis?

Water power for the Oberharz mining region

In the light of the crisis in the Oberharz mining industry at the beginning of the 20th century, alternatives had to be found for the economy of this region, which had depended on the mining industry for so long. Among the political initiatives to improve the structure of the local economy, use of the abundant water resources in the region to generate low-price electricity soon gained in importance. Such ideas came to the fore when the state provided money for the construction of a dam in the face of the mine closures in Clausthal. The project "Oberharzwerk" developed by William Köhler raised great hopes, above all among local institutions. However, it lost out to rival projects which concentrated on the entire Harz region and was therefore never implemented.

stehen¹. Als es dann am Ende des 19. Jahrhunderts möglich wurde, elektrische Energie über große Entfernungen zu übertragen, sowie leistungsfähige Turbinen und Peltonräder zur Stromerzeugung entwickelt wurden, wuchs allgemein das Interesse an der Wasserkraft. In Bayern und im Rheinland wurden mit Erfolg Talsperren gebaut und auch im Harz entwickelte man Konzepte für den Ausbau der Wasserkräfte.

Die häufigen Krisen des Oberharzer Bergbaus im 18. und 19. Jahrhundert ließen darüber hinaus über wirtschaftliche Alternativen für die über Jahrhunderte hinweg vom Montangewerbe geprägte Region nachdenken. Im 20. Jahrhundert verstärkte dann der Rückgang der Arbeitsmöglichkeiten im wichtigsten Erwerbszweig Überlegungen und politische Initiativen im Hinblick auf eine Strukturverbesserung. In diesem Zusammenhang gewann die Frage nach modernen Konzepten für die Nutzung der von Natur aus zur Verfügung stehenden Wasserkraft an Bedeutung. Die Überlegungen gewannen an Aktualität, als angesichts der Schließung der Bergbaubetriebe in Clausthal von der öffentlichen Hand Gelder für den Talsperrenbau bereit gestellt wurden. Das von William Köhler entwickelte Projekt „Oberharzwerk“ erweckte vor allem bei den lokalen Institutionen große Hoffnungen, weil es preiswerte Energie für umfassende Strukturverbesserungen versprach. Es unterlag aber konkurrierenden Plänen anderer Projektträger, die sich auf den gesamten Harzraum konzentrierten, und gelangte nicht zur Ausführung.

Die Gesellschaft zur Förderung der Wasser- wirtschaft im Harze

Erste Entwürfe für Talsperrenanlagen mit Kraftwerken im Harzraum existierten für den Bereich der Flüsse Bode und Söse bereits am Ende des 19. Jahrhunderts und die 1905 ins Leben gerufene „Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harze“ mit Sitz in Braunschweig hatte sich in ihrer konstituierenden Generalversammlung nicht nur für Maßnahmen zur Vermeidung von Hochwasserschäden ausgesprochen, sondern auch für die Gewinn bringende Nutzung der abfließenden Wässer². Auch ihr erschien der Bau von Talsperren in Verbindung mit Wasserkraftwerken das geeignetste Mittel dafür zu sein. Neben dem Ausbau des Oderteiches projektierte sie Talsperren an zahlreichen Quellflüssen³.

Da aber die Bewohner des Oberharzes dadurch ihre eigene Situation gefährdet sahen, reichten im Jahre 1912 der Bürgerverein Clausthal und der Verein für kommunale Interessen bei Ministerien und Behörden eine Denkschrift mit dem Titel „Bedrohung der Interessen des Kreises Zellerfeld durch die geplanten Randtalsperren“ ein⁴. Auslösendes Moment war der Umstand, dass die Braunschweiger Gesellschaft bei der Projektierung der Talsperren nach potentiellen auswärtigen Abnehmern für die aus Wasserkraft zu erzeugende Energie Ausschau hielt, während man im Ober-

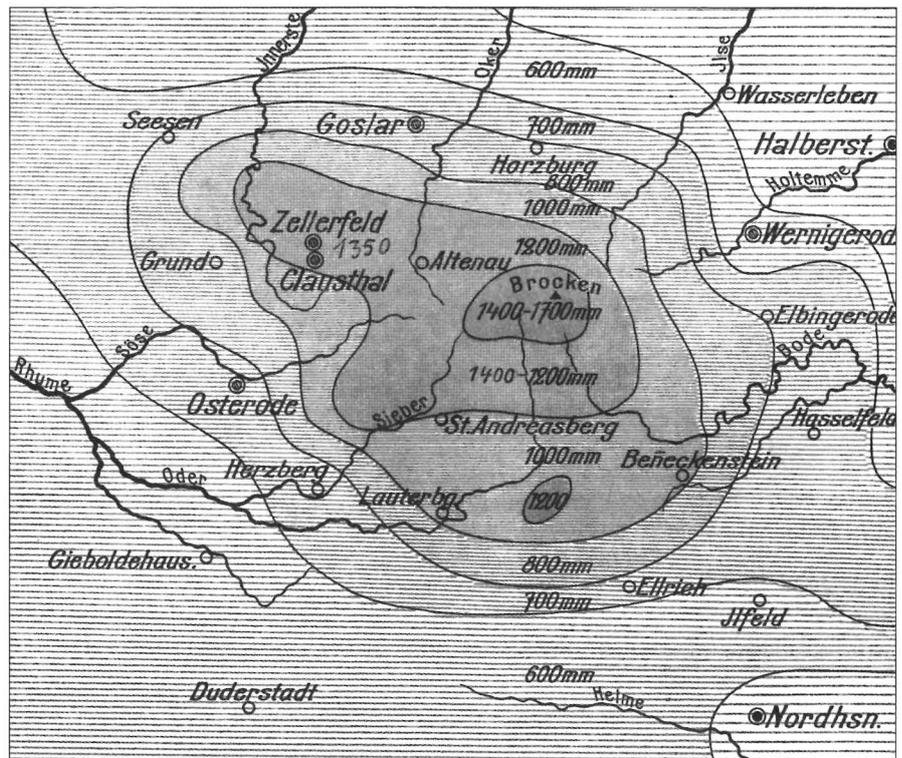
harz vielmehr die unmittelbar genutzte Wasserkraft als wirksamstes Mittel für wirtschaftliche Strukturverbesserungen betrachtete. Die Petenten führten daher aus, dass der Kreis Zellerfeld durch die Reduzierung der Belegschaften in den staatlichen Montanbetrieben bereits stark geschädigt sei und es insbesondere an Eisenbahnverbindungen fehle. Für die Planung einer Bahnlinie sei es gut, wenn „billiger elektrischer Strom in genügender Menge“ zur Verfügung stünde. Dieser käme den Bergwerken und Hütten ebenso wie einer „demnächst einzuführende[n] Industrie als Ersatz für den allmählich eingehenden Bergbau“ zugute.

Forderungen wie „Unsere Wasserkräfte für uns – nicht für auswärtige Interessenten!“ und „Verhütung der Überschwemmungen für das Flachland, der elektrische Strom für die Bewohner des Harzgebirges“ machen deutlich, dass die Bevölkerung das Wasser als „Naturschatz“ betrachtete. Gleichzeitig weist der Einspruch auf eine noch weiter reichende Problematik: Die Wasser waren seit Jahrhunderten der primären Nutzung durch die Montanwirtschaft vorbehalten, was auch im Preußischen Wassergesetz von 1913 seinen Niederschlag fand, das dem Bergfiskus besondere Rechte einräumte.

Die Diskussion in den folgenden Jahrzehnten zeigte, dass es viele konkurrierende Interessen und Interessenten gab. Der „allmählich eingehende Bergbau“ hatte gegenüber früheren Zeiten ebenso an Gewicht und Einfluss verloren wie die Bergstädte und ihre Bewohner. Stattdessen traten die Belange der Untertalflüsse am Rande des Gebirges und seinem Vorland in den Vordergrund. Die wachsenden Industrie-Regionen im Bereich von Innerste, Leine und Oker gewannen den größeren Einfluss auf die Entscheidungsträger auf Staats- und Provinzebene. Die Interessenten bildeten jedoch keine homogene Gruppe. Regional und konzeptionell unterschiedliche Modelle und Vorstellungen rivalisierten bis zum Ende der 1920er Jahre, als die Auseinandersetzung mit dem Bau der Sösetalsperre und der Gründung der Harzwasserwerke einen vorläufigen Endpunkt erreichte.⁵

Aber zunächst kam es nicht zu einer Verwirklichung der Pläne. Der Erste Weltkrieg verhinderte das Umsetzen der Ziele der Braunschweiger Gesellschaft ebenso wie die Realisierung der Gedanken, die von anderen Stellen eingebracht worden waren.⁶

Trotzdem beschäftigte noch während des Krieges ein anderes großes Vorha-



Niederschlagshöhen im Harz

ben die Gemüter: der Mittelland-Kanal. Über dessen geplante südliche Linienführung sollte das als Ausgleich für Verdunstungs-, Sickerungs- und Schleusungsverluste benötigte Speisewasser dem Kanal direkt aus den Talsperren zugeführt werden, die von der Wasserwirtschaftlichen Gesellschaft an Oder, Oker und Innerste geplant waren. Wenn auch die Talsperren deshalb mit 5 Mio. Mark bezuschusst werden sollten, betonte die Gesellschaft, dass das Hauptziel, der Hochwasserschutz, nicht beeinträchtigt werden dürfe.⁷

Nachdem im Herbst 1916 auf dem Teilstück zwischen Minden und Hannover der Verkehr aufgenommen worden war, herrschte über die weitere Linienführung des Kanals nach Osten für lange Zeit Uneinigkeit. Obwohl im November 1920 die interessierten Länder einen Vergleich schlossen, bei dem Peine und Braunschweig unmittelbar an die so genannte Mittellinie des Kanals angeschlossen wurden, blieb die Frage der Harztalsperren eng mit der Diskussion um den Kanal verbunden. Eine von der preußischen Regierung Mitte 1920 im Landtag eingebrachte Vorlage ließ die Talsperrenbefürworter auf eine baldige Realisierung ihrer Projekte hoffen, denn im Zusammenhang mit der Vollendung des Mittelland-Kanals waren auch anteilige Beträge für die Talsperren vorgesehen. Doch das zuständige Reichsverkehrs-

ministerium errichtete in Goslar ein Talsperren-Neubauamt unter der Leitung von Regierungsbaurat Momber, das eigene Vorstellungen und Pläne verfolgte und Teile bereits existierender Konzepte verwertete⁸: Jährlich sollten etwa 150 Mio. m³ Wasser dem Mittelland-Kanal zugeführt werden. Dazu waren Talsperren an Oker, Ecker und Rappode geplant, die mit Stollen untereinander verbunden werden sollten. Überdies war beabsichtigt, das Wasser im vergrößerten Oderteich und einer oberen Eckertalsperre zu sammeln, wobei in drei Stufen elektrische Kraft erzeugt werden sollte.

Die Wasserwirtschaftliche Gesellschaft zu Hannover

Im Jahre 1921 kam es in Hannover zur Gründung der Wasserwirtschaftlichen Gesellschaft, die sich aus der „Leine-Abteilung“ der Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harze, dem „Verein für Hebung der Fluß- und Kanalschiffahrt für Niedersachsen“ und dem „Verein für die Leineschiffahrt“ konstituierte. Auch bei ihr stand die Energiegewinnung aus Wasserkraft stark im Vordergrund. Die „weiße Kohle“, wie das zeitgenössische Schlagwort für Was-

serkraft lautete, sollte mit Hilfe von Talsperren im Harz und im Eichsfeld sowie den Ausbau der Leine zum „Kraftwasserkanal“ gewonnen werden.

Als Erstes untersuchte man die Möglichkeit, den Oderteich zu vergrößern, dessen Einzugsgebiet durch Hanggräben erweitert werden sollte. Mit einem Nutzgefälle von 540 bzw. 575 m – je nach Richtung der Wasserableitung – sollten 16 000 PS Dauerleistung erzeugt werden und der Teich dadurch „für uns eine ähnliche Bedeutung wie das Walchenseewerk für Süddeutschland“ gewinnen⁹. Selbst wenn man die anderen Talsperrenpläne nicht vernachlässigen wollte, sollte der Oderteich als höchstgelegener Punkt den Ausgangspunkt bilden¹⁰. Allerdings war das Projekt keine Erfindung der Wasserwirtschaftlichen Gesellschaft, sondern griff die Pläne von William Köhler auf, dessen „Oberharzwerk“ im nächsten Abschnitt ausführlicher dargestellt wird.

Der trockene Sommer des Jahres 1921 führte zu einer Verlagerung der Schwerpunkte bei den Vorhaben der Gesellschaft: Die Verantwortlichen meinten, die Hebung des Niedrig- und Grundwasserstandes, die Trinkwasserversorgung der großen Städte sowie die Abwasserbeseitigung „werden unsere Aufmerksamkeit fast mehr in Anspruch nehmen müssen“ als der Hochwasserschutz und eine hohe Energieerzeugung¹¹. Trotzdem wurden die Arbeiten am „Großoderteich-Projekt“ unter der Leitung von Professor Franzius von der Technischen Hochschule Hannover fortgeführt und das Vorhaben bei einer Ausstellung in Essen vorgestellt, „wo es, wie uns zuverlässig berichtet wurde, die Aufmerksamkeit sehr prominenter industrieller Kreise auf sich gezogen hat“¹².

In der folgenden Zeit vereinnahmte das Reichsverkehrsministerium die Pläne für seine Zwecke und projektierte die Nordableitung des Oderteich-Wassers zur Speisung des Mittelland-Kanals unter der Leitung des Talsperren-Neubauamtes in Goslar¹³. Aber damit war eine Nutzung zur Verbesserung der Wasserqualität und -menge der Leine nicht mehr gegeben. Die Wasserwirtschaftliche Gesellschaft versuchte daher, wenn schließlich auch erfolglos, die gleichzeitige Verwirklichung der Talsperrenpläne an Söse, Oder und im Siebertal festschreiben zu lassen. Das Reichsverkehrsministerium hielt an der Nordabfuhr des Oderteiches fest und begann im Frühjahr 1925, den Bau zu planen.

In dieser Situation suchte die Wasserwirtschaftliche Gesellschaft nach Ver-

bündeten, um ihren Forderungen mehr Gewicht zu verleihen. Auf ihr Betreiben gründete der Industrie- und Handelskammerverband Niedersachsen-Kassel gemeinsam mit den Provinzialverwaltungen Sachsen und Hannover, Kommunalverbänden und Wirtschaftskörperschaften der Provinzen einen „Harzwasserbeirat“, der im Oktober 1925 die preußische Staatsregierung in einer „Denkschrift über den Ausbau der Harzwasserkräfte“ aufforderte, „die für Landeskultur, kommunale und gewerbliche Wasserwirtschaft gleich verderbliche Ableitung von Harzwasser in dem geplanten großen Umfange durch ein entscheidendes Veto des preußischen Staates zu verhindern, und als bestes Abwehrmittel den im Allgemeininteresse gebotenen zweckmäßigen Ausbau von Talsperren und Wassernutzungsanlagen im Harze gemeinsam mit den Selbstverwaltungskörpern der Kommunen und der Wirtschaft aktiv zu betreiben“¹⁴. Der vom preußischen Landwirtschaftsministerium unterstützte Antrag hatte Erfolg, der Mittelland-Kanal sollte schließlich aus der Weser gespeist werden. Damit blieb das Großoderteich-Projekt, einst Ausgangspunkt aller wasserwirtschaftlichen Überlegungen der Hannoveraner Gesellschaft, auf der Strecke¹⁵.

Ein großes Hochwasser im Leinetal zur Jahreswende 1925/26, das eine schwere Typhusepidemie nach sich zog, beschleunigte die Umsetzung der Talsperrenprojekte. Unter dem Eindruck der Katastrophe bewilligte der Provinziallandtag am 29. Januar 1926 Gelder für die Vorarbeiten und die Wasserwirtschaftliche Gesellschaft legte im März 1926 einen „Westsperrren-Vorentwurf“ vor. Die Energiegewinnung wurde nur noch als kostensenkender Faktor bei der Unterhaltung der Talsperren angesehen, Hauptzweck waren jetzt Hochwasserschutz und Niedrigwasseraufhöhung sowie „die Förderung der Hygiene in den Siedlungen zwischen dem Harz und Hannover, zugleich Sicherstellung weichen Nutzwassers für die gewerblichen Betriebe durch Zufuhr reinen Gebirgswasser mittels Fernwasserleitung“¹⁶. Auch der Trinkwasserversorgung wurde eine große Bedeutung beigemessen. Im April 1927 beschloss der Provinziallandtag den Bau der Oder- und der Sösesperre mit Trinkwasserleitungen und den Bau des Rhumepolders. Im März 1928 verabschiedete der Landtag einstimmig das Westharzsperrren-Gesetz, als dessen Träger der Provinziallandtag im selben Monat die Harzwasserwerke gründete. Im Sommer begannen die Arbeiten an der Sösesperre, die 1931 fertig gestellt wurde. Mit der Anlage der 200 km langen Fernversorgungsleitung über Hil-

desheim bis nach Bremen im Jahre 1934 wurde es zu einem Bauwerk von überregionaler Bedeutung¹⁷. Die von 1931 bis 1933 im Odertal bei Bad Lauterberg errichtete Odertalsperre dient im Wesentlichen der Regulierung des Hoch- und Niedrigwassers.

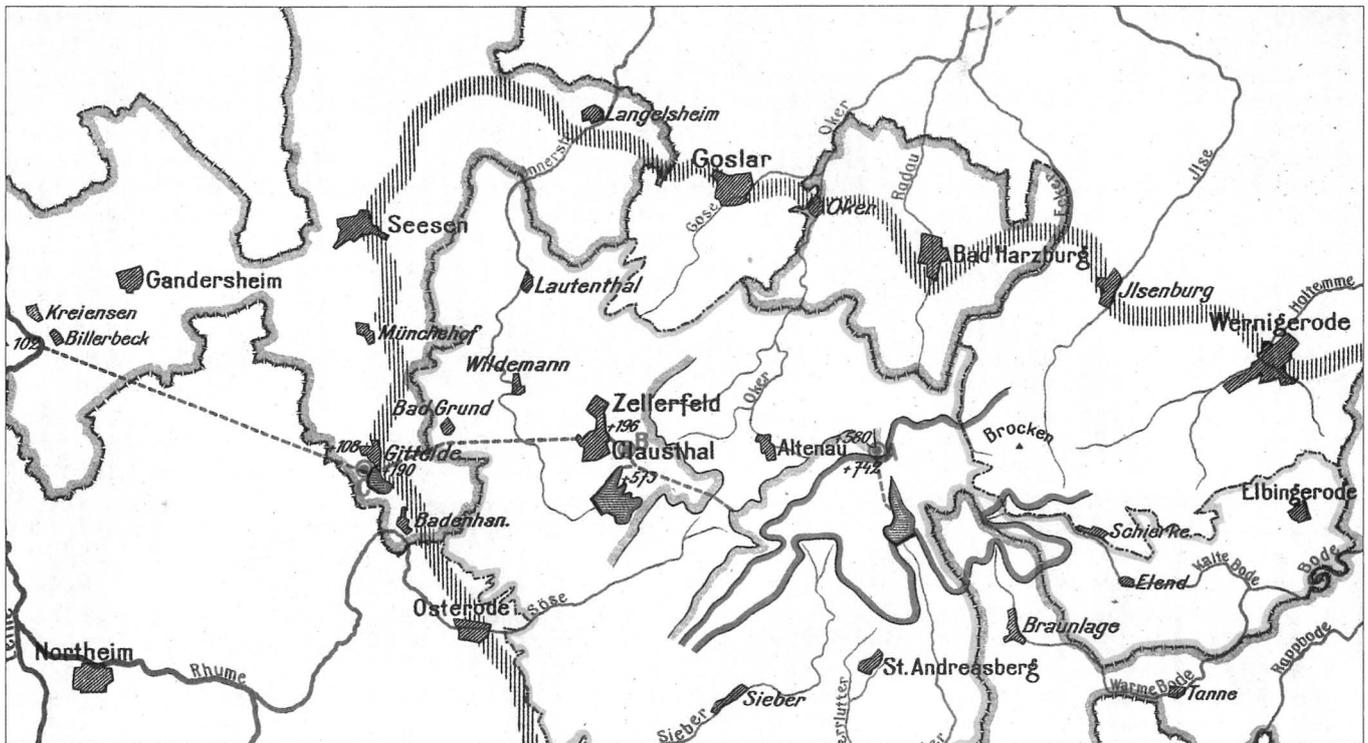
Das Oberharzwerk

Im Rahmen der verschiedenen Wassernutzungskonzepte stellte der Plan des „Oberharzwerks“ insofern eine Besonderheit dar, als er eng mit dem Gedanken verknüpft war, den Bergbau in dieser Region wirtschaftlich lebensfähig zu erhalten. Das Projekt wurde zu verschiedenen Zeiten, zum Teil in abgewandelter Form, von unterschiedlichen Interessengruppen aufgegriffen. Realisiert wurde es jedoch nie, obwohl sein geistiger Urheber William Köhler bis zu seinem Lebensende versuchte, maßgebliche Stellen von dessen Bedeutung und Durchführbarkeit zu überzeugen.

William Köhler und sein Plan

William Köhler wurde am 13. Januar 1874 in Clausthal geboren, wo sein Vater Gustav von 1887 bis 1909 Direktor der Bergakademie war. Der Sohn studierte dort Bergbaukunde und legte 1903 die Prüfung zum Bergassessor ab. Nach Tätigkeiten im Oberbergamtsbezirk Clausthal und beim Gesamtbergamt Obernkirchen war er vier Jahre bei der Preußischen Geologischen Landesanstalt in Berlin und der dortigen Bergakademie beschäftigt. Im Jahre 1910 wurde William Köhler Bergrevierinspektor im niederschlesischen Waldenburg und schließlich 1912 in Recklinghausen, wo er 1939 als Leiter des Bergamts II aus dem Dienst schied. Neben seiner beruflichen Tätigkeit verfolgte er bis zu seinem Tod am 15. Juli 1951 seinen Plan zur Nutzung des „Wasserschates“ im Oberharz.

Die ersten Untersuchungen hatte Köhler schon um die Jahrhundertwende unternommen, 1911/12 legte er dann die fertige Ausarbeitung der Bergbehörde in Clausthal sowie dem preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe in Berlin vor. Sie trug den Titel „Die Bedeutung der freien Wasserkräfte des Oberharzes für die wirtschaftliche Zukunft der sieben Bergstädte und für wirtschaftliche Fragen der Provinz Hannover“¹⁸. Darin erläuterte er, dass der Gegenstand seines



Plan des Oberharzwerkes, aufgestellt 1902-1912, Ausschnitt

Projekts der „weitere Ausbau der von den Vorfahren begonnenen Wasserkraftanlagen“ sei¹⁹. Der Erzbergbau im Oberharz sei 400 Jahre lang nur möglich gewesen, weil Wasserkraft als Maschinenantrieb genutzt wurde. Zusammen mit den Erzvorkommen sei sie die Erwerbsgrundlage der Bevölkerung gewesen und könne dies bei richtiger Nutzung auch in Zukunft sein. Die Einführung von Dampfmaschinen im Bergwerksbetrieb am Ende des 19. Jahrhunderts sei zwar erforderlich gewesen, doch ihre Betriebskosten seien sehr hoch. Da es nun möglich sei, die Wasserkräfte zu konzentrieren, sie in elektrische Energie umzuwandeln und zu transportieren, könne der Oberharzer Bergbau wieder auf seine natürliche Basis gestellt und darüber hinaus für die Provinz Hannover ein Werk von „hohem landeskulturellen Wert“ geschaffen werden.

Dem Projekt lag der Gedanke zugrunde, das Wasser des oberhalb +742 m NN gelegenen Gebirgstails durch Gräben aufzufangen und zu sammeln. Als Speicher und Ausgleich war der erweiterte Oderteich vorgesehen, dessen Fassungsvermögen auf 35 Mio. m³ vergrößert werden sollte; in der Ausarbeitung von 1924 ist nur noch von 25 Mio m³ die Rede²⁰. Geplant war, das Wasser in drei Stufen auszunutzen, so wie es auch die Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harze in ihrer Variante des

Projekts übernommen hatte. Vom ersten Kraftwerk nördlich des Oderteiches sollte das Wasser über den erweiterten Dammgraben nach Clausthal fließen, von dort in einem Schacht über ein zweites Gefälle auf das Niveau des Ernst-August-Stollens gelangen und im erweiterten Stollen Richtung Westen ablaufen. Bei Gittelde sollte das Wasser zu Tage austreten und in einem Kanal nach Elvershausen bei Northeim²¹ geleitet werden, wo es nach Ausnutzung eines dritten Gefälles von der Leine aufgenommen wurde. Das für den Oberharz gewaltige Kraftwerk sollte nach Köhlers Berechnung eine Leistung von insgesamt 26 000 PS erbringen, die Kosten veranschlagte er zunächst mit 17,5 Mio. Mark. Ein Viertel des erzeugten Stroms müsse unter „gemeinnützigen Gesichtspunkten“ zu einem günstigen Preis den Bergwerken und Hütten vorbehalten bleiben, um die Rentabilität des Bergbaus zu erhalten. Drei Viertel der Energie sollten unter kaufmännischen Gesichtspunkten an das Umland verkauft werden. Köhler argumentierte weiter, dass der Bau der Harzrand-Talsperren höhere Kosten erfordere und auch sein Projekt die Wassermengen ausgleichen könne.

Den Vorteilen für den Oberharzer Bergbau widmete er einen besonderen Abschnitt, in dem er begründete, dass dieser auf Grund seiner alten Rechte am

Wasser, den staatlichen Grundbesitz und das Zurverfügungstellen bereits vorhandener Anlagen einen geringeren Preis für den Strom zu zahlen habe. Seine Lebensfähigkeit könne durch die Senkung der Energiekosten langfristig gesichert und neue Versuchsarbeiten aufgenommen werden. Dadurch sei es möglich, die Bevölkerung „möglichst lange Zeit bei ihrer angestammten Beschäftigung, dem Bergmannsberufe, und in ihrer Heimat zu erhalten.“²² Außerdem könnten mit dem preiswerten Strom elektrische Eisenbahnen betrieben und damit die Verkehrsinfrastruktur verbessert werden. Darüber hinaus ergäben sich großräumig auch Vorteile für die gesamte Provinz Hannover, wo ein „großer Teil der blühenden Kalliindustrie und des übrigen gewerblichen Lebens“ von der Kohle unabhängig würden, nicht zuletzt könnten die Eisenerzvorkommen bei Salzgitter auf diese Weise genutzt werden. Ferner sollten die Einleitung des Wassers in die Leine die Abwassersituation der tiefer gelegenen Regionen verbessern und eine damit verbundene Erhöhung des Wasserstandes die lange angestrebte Schiffbarmachung der Leine ermöglichen.

Der ebenfalls aus Clausthal stammende Baurat Ziegler, der 1912 von den Behörden mit einem Gutachten über Köhlers Projekt beauftragt wurde²³, bezeichnete allerdings die Eingriffe in den natürli-

chen Wasserhaushalt als ein Hauptproblem. Einsprüche oder Entschädigungsforderungen der Unterlieger vor allem im Braunschweiger Raum seien zu befürchten, wenn dem Quellgebiet der Oker jährlich statt 10 Mo. m³ nun sogar 90 Mio. m³ entzogen werden würden. Hier stand Köhler in der Tradition des Oberharzer Montanwesens, denn die darauf ausgerichtete Wasserwirtschaft hatte früher schon das Wasserhaushaltsgefüge tief greifend verändert. Dem zusätzlichen Liefergebiet für Wasser im Hochharz, das nach 1734 erschlossen worden war und das auch Köhler für sein Projekt auszunutzen gedachte (82,4 km²), entnahm man bisher bis zu 10 % der dort anfallenden Wassermengen für Bergbauzwecke. Daneben sah Ziegler Schwierigkeiten bei der Anlage der Sammelgräben, die nach seiner Auffassung größer ausgelegt werden müssten, um Komplikationen in Zeiten der Schneeschmelze durch Vereisung oder auftretende Schottermassen zu vermeiden. Der Gutachter schlug daher vor, nicht das Wasser über eine Strecke von 23 km nach Clausthal zu führen, sondern die Wasserkräfte des Oderteiches zu nutzen, ihn zu vergrößern und auf der Andreasberger Hütte ein Kraftwerk zu errichten. Über den Nutzen der Anlage gerade auch für den Bergbau war er mit Köhler einer Meinung: „Die Wasserkräfte haben dem Bergbau schon über manche Krise hinweggeholfen und besitzen einen dauernden Wert für ihn.“

Nicht zuletzt wegen der Kritik Zieglers zeigte sich die Bergverwaltung aber nicht an Köhlers ehrgeizigem Projekt interessiert, das weitere Vorarbeiten und große Investitionen erfordert hätte.

Unterstützung aus dem Oberharz

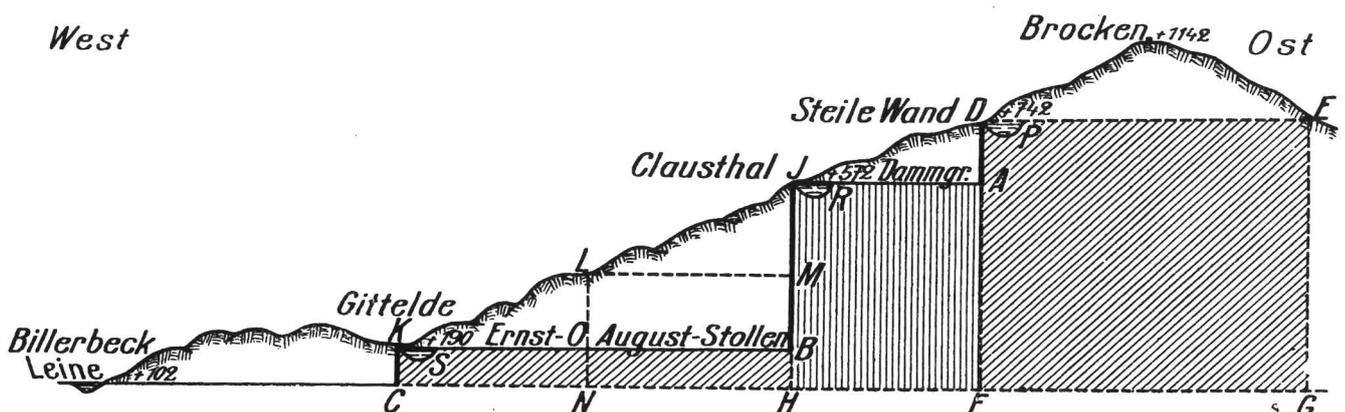
Als im Frühjahr 1919 der Bürgermeister der Stadt Clausthal William Köhler vorschlug, sein Projekt vor dem Rat zu erörtern, lehnte dieser das ab. Aus taktischen Gründen hielt er eine öffentliche Erörterung zu diesem Zeitpunkt nicht für „zweckmäßig“, denn er teilte nicht den Optimismus vieler Oberharzer, „daß es nämlich nur des Hinaustragens dieses Projektes in die Öffentlichkeit bedürfe, um es alsbald zu verwirklichen.“²⁴ Im November des folgenden Jahres deutete er dagegen an, dass Interessenten „sehr einflußreicher Art“ vorhanden seien, und um sich diesen gegenüber durchzusetzen, müsse im Oberharz Einigkeit erzielt werden.

Bei einer Konferenz, zu welcher daraufhin der Clausthaler Bürgermeister andere Amtskollegen und Gemeindevorsteher im Oberharz geladen hatte, zeigte sich, weshalb die Lokalpolitiker William Köhlers Projekt favorisierten: Zwar war der Zeitpunkt der endgültigen Einstellung des Bergbaus noch nicht genau vorhersehbar, aber das Ende würde „in mehr oder minder absehbare Nähe gerückt, wenn es der Bergverwaltung nicht gelingt, neue Aufschlüsse zu machen“. Es müsse deshalb sofort gehandelt werden, denn neue Arbeitsplätze könnten nicht von heute auf morgen geschaffen werden. Da weiterhin Bahnverbindungen fehlen, sei das Angebot preiswerter Energie das wichtigste Mittel zur Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben. In dieser Situation erblickte man in Köhlers Plan den entscheidenden Weg zur Rettung: „Dieses

Oberharzer Projekt, das nächst den in Bau begriffenen Bayrischen Wasserkraftwerken das bei weitem größte Wasserkraftwerk Deutschlands werden würde, ist daher für den ganzen Oberharz mit seinen sieben Bergstädten von einer ganz außerordentlichen Bedeutung. Es können durch die vielen Tausend PS nicht nur neue Industrien herangezogen, sondern auch noch Kraft und Licht ins Unterland verkauft werden, was dem *gesamten Oberharz* zugute käme.“

Im folgenden Jahr ließ William Köhler seine Denkschrift in mehreren Exemplaren drucken, da er von seiner abwartenden Position abgerückt war. Er erkannte, dass er nicht auf die Zustimmung der Clausthaler Bergverwaltung warten konnte, wenn er nicht Gefahr laufen wollte, dass andere Institutionen seinen Plan umsetzten. Denn diese sahen das Vorhaben als weniger abwegig an als die Bergverwaltung, was die Tatsache zeigt, dass sowohl Professor Franzius aus Hannover als Repräsentant der Wasserwirtschaftlichen Gesellschaft als auch Baurat Momber aus Goslar vom Talsperren-Neubauamt seinen Plan in den Grundzügen übernahmen. Köhler setzte in der Folgezeit die Suche nach Bündnispartnern mit Nachdruck fort. Er trat in Kontakt mit der Wasserwirtschaftlichen Gesellschaft und unternahm eigenen Angaben zufolge im Jahr 1922 einen erneuten Versuch, die Bergverwaltung zu überzeugen²⁵. Diese blieb jedoch bei ihrer ablehnenden Haltung, während mittlerweile Franzius, der ebenfalls vom Oderteich ausging, das gesammelte Wasser nach Süden ableiten wollte. Auf der Sitzung des Technischen

Geplante Sammelstufen



Ausschusses der Wasserwirtschaftlichen Gesellschaft, bei der sowohl die West- als auch die Südlinie zur Diskussion standen, wurde im Juni 1922 in erster Linie nur über die Kostenfrage gestritten²⁶.

Am Beginn des Jahres war inzwischen der Volkswirtschaftliche Verein für den Oberharz e.V. mit Sitz in Clausthal gegründet worden, der den Zweck verfolgte, „sämtliche Aufgaben volkswirtschaftlicher Natur, soweit sie für den Oberharz bzw. einen beträchtlichen Teil von ihm von Bedeutung sind, zu fördern“²⁷. Tatsächlich bestand sein Hauptanliegen aber darin, „den Nutzen des Oberharzer Wasserkraftwerkes Großoderteich in dem Falle, daß es zur Ausführung gelangt in der von Bergrat W. Köhler projektierten Weise, in erster Linie dem Oberharz bzw. dessen Gemeinden zuzuführen. [...] Groß und einflußreich ist die Zahl derer, die dies Wasserprojekt ‚Großoderteich‘ mit seinen Kräften dem Süden, also Lauterberg, zuführen wollen, und groß ist deshalb auch für uns die Gefahr, wenn die Führung nach Westen, auf Clausthal zu, wie es Bergrat Köhler geplant hat, durch die Bemühungen unserer starken Gegner zum größten Schaden des Oberharzes vereitelt würde. Da heißt es für die Gemeinden des Oberharzes, eine geschlossene Einheitsfront zu bilden.“²⁸

Die Konkurrenten Köhlers gewannen an Boden, doch er konnte auf Unterstützung aus dem Oberharz zählen. Als die Wasserwirtschaftliche Gesellschaft ihr eigenes Projekt auf Ausstellungen in Essen und in Magdeburg präsentierte, ermöglichte der Volkswirtschaftliche Verein die Präsentation des Köhlerschen Projekts zu diesen Anlässen, um dafür zu werben. Unermüdlich versuchte Köhler, überall präsent zu sein. Er verfasste Zeitungsartikel, hielt Vorträge und bemühte sich, auch die Vertreter Oberharzer Gemeinden und den Volkswirtschaftlichen Verein zu Eingaben, Veranstaltungen und anderen Aktivitäten zugunsten der nach Westen abzuführenden Wässer zu bewegen²⁹. Doch im Rennen um die Durchsetzung der Wasserkraftprojekte lag das Talsperren-Neubauamt nun vorn.

Die Tatsache, dass die verschiedenen Pläne den Ministerien in Berlin zur Prüfung vorlagen, führte bei den Oberharzer Interessengruppen zunächst zu einer abwartenden Haltung. Köhler beschwerte sich im Januar 1924 beim Clausthaler Bürgermeister, von den „Heimatgenossen“ in seinem Kampf allein gelassen worden zu sein. Der Volkswirtschaftliche Verein habe nichts geleistet und er zog das Fazit: „Ja, ich habe in

letzter Zeit sogar den Eindruck gewonnen, als ob ich den Oberharzer Gewerbetreibenden mit meinen Bemühungen lästig falle.“ Er erläuterte, weshalb die Verwirklichung der Westlinie die größten Vorteile für den Oberharz bieten würde, und er war der Ansicht: „Gebaut wird das große Wasserkraftwerk bestimmt, fraglich ist nur noch die Richtung, in welcher der Wasserabfluß und der Bau der Kraftwerke erfolgen wird.“ Er werde sich vom Ergebnis seiner 25-jährigen Arbeit nicht entmutigen lassen und sich daher der aussichtsreichsten Gruppe anschließen. Köhler war offensichtlich verstimmt über das Verhalten seiner Landsleute. Er beklagte, dass er durch Reisen, Vervielfältigen von Karten und Schreibmaschinenabschriften große „pekuniäre Opfer“ habe erbringen müssen und forderte eine finanzielle Beteiligung der Stadtverwaltungen³⁰.

Oberharzwerk oder Westsperrren

Nachdem die Speisung des Mittellandkanals mit Wasser aus dem Harz und damit die Nordableitung des Projekts vom Tisch waren, arbeitete Köhler gegen die so genannten Westsperrren und fertigte als Reaktion auf einen entsprechenden Vorentwurf der Wasserwirtschaftlichen Gesellschaft Studien an, die die Unwirtschaftlichkeit der Talsperren und den Nutzen seines Oberharzwerkes für den Hochwasserschutz, die Regulierung der Leine und die Trinkwasserversorgung darlegen sollten³¹.

In einer Denkschrift zur Frage des Ausbaus der Oberharzer Wasserwirtschaft wies der Landkreis Zellerfeld beim Landeshauptmann und dem Landwirtschaftsminister darauf hin, dass Rücksicht auf die dortigen wirtschaftlichen Notwendigkeiten genommen werden müsse: „Die [...] Bevölkerung des Oberharzer Kreises Zellerfeld lebt zum großen Teil vom Bergbau. Wie aber bereits in St. Andreasberg und Altenau der früher so lukrative Bergbau zum Erliegen gekommen ist, wird er in nicht allzu ferner Zeit auch im Zentrum des Kreises stillgelegt werden müssen, denn schon heute stellen die Bergwerke des Oberharzes zu großen Teilen Zuschuß-Betriebe dar.“ Der erwerbslos werdenden Bevölkerung müsse eine Alternative zur Abwanderung geboten werden, was nur durch preiswerte Energie möglich sei: „Die Möglichkeit billige Kraft zu erzeugen und damit die Zukunft des Oberharzes einigermaßen sicherzustellen, liegt nach unserer Ansicht allein darin vor, daß man

[...] nicht nur die Abstellung von Wasserschäden für die Landwirtschaft und die Städte im Vorlande im Auge hat, sondern daß man gleichzeitig durch den Bau von Wasserkraftanlagen mit hohem Gefälle die ‚Weiße Kohle‘ noch im Gebirge gewinnt.“ Die Gemeinden riefen in der Denkschrift den „Schutz der Behörde“ an und verlangten eine erneute Prüfung des von Köhler entwickelten Projekts³².

Im Dezember 1926 trafen Vertreter des Westsperrren-Vorhabens in der Industrie- und Handelskammer Hannover mit Vertretern der Preussag zusammen, um die offenen Fragen zu klären. Der Bergbau war zwar von den Anlagen im Südwestharz nicht betroffen, bei der Preussag bestanden eher Befürchtungen, dass bei Anlagen im Nordharz und beim Ausbau des Oderteiches ihre Interessen berührt werden könnten. Zum Oberharzwerk führte man aus: „Das Köhler'sche Großoderteich-Projekt ist nach Ansicht von Herrn Geheimrat Ehring ein Phantom, da es ganz abgesehen von der noch ungeklärten Kostenfrage technisch auf unüberwindliche Hindernisse stößt, die insbesondere in der Gefahr einer völligen Vereisung der Hanggrabenanlage im Winter liegen. Außerdem ist es nach Auffassung von Herrn Geheimrat Ehring unmöglich, die häufig sehr plötzlich zu Tal schießenden Hochwassermengen auch nur zu einem nennenswerten Teil durch Hanggräben aufzufangen.“ Im weiteren Verlauf der Besprechung zählte Ehring einen weiteren Einwand auf, der für die Leitung der Oberharzer Berg- und Hüttenwerke von großem Gewicht gewesen sein muss: „Der Oberharzer Bergbau würde durch den Ausbau des Großoderteichs, falls er ein Hanggrabensystem zur Erweiterung des Einzugsgebietes vorsieht, stark beeinträchtigt.“³³ Die Preussag wollte sich nicht „das Wasser abgraben“ lassen, sondern zog es vor, bei dem altbewährten Wasserwirtschaftssystem zu bleiben, in dem der Oderteich mit seinen Hanggräben und die Leitung des Betriebswassers Richtung Clausthal eine wesentliche Rolle spielten. Da die Entscheidungsträger von der technischen Undurchführbarkeit des Oberharzwerkes überzeugt waren, konnten sie die optimistische Einschätzung der Befürworter des Oberharzwerkes nicht teilen, dass ihr Projekt die Lebensdauer des Oberharzer Bergbaus bedeutend verlängern würde. Sie sahen in dem Versuch, es zu realisieren, eine Gefahr für „ihre“ Wasserkräfte.

Nachdem die Westsperrren-Pläne mittlerweile durch die Arbeiten der Wasserwirtschaftlichen Gesellschaft soweit gediehen waren, dass ihre praktische Umsetzung in greifbare Nähe gerückt

war, hielt William Köhler am 11. Januar 1927 bei einer Sitzung des Zellerfelder Kreistags einen Vortrag über den augenblicklichen Stand der Vorhaben und ihre Zukunftsaussichten. Nach anschließender Diskussion verabschiedete der Kreistag eine Stellungnahme, in der es hieß, man „müsse daher von der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung des Oberharzes erwarten, daß mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auf die Vor- und Nachteile der in der Wasserwirtschaftsfrage vorliegenden Projekte hingewiesen und im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse alles getan werde, eine entbehrliche Inanspruchnahme öffentlicher Mittel zu vermeiden und gleichzeitig nicht nur auf stoffwirtschaftlichem, sondern auch auf kraftwirtschaftlichem Gebiete Vorteile zu erzielen.“³⁴

Die Oberharzer machten jetzt „in letzter Stunde“ mobil, obwohl die Weichen schon gestellt waren, weil sie zu lange abgewartet hatten. Ohne gewichtige Bündnispartner musste ihr Protest fruchtlos bleiben. Solche fanden sie, wie eine Konferenz bei der Goslarer Industrie- und Handelskammer am 31. Januar 1927 zeigte, dann doch noch. Delegierte aus dem Okergebiet und dem Oberharz sowie Vertreter der Preussag saßen Abgesandten der Landesregierung und der Provinzialverwaltung sowie den „gesamten Herren des Westsperrenkuratoriums“ gegenüber. Dieses Gremium war im März 1926 vom Provinziallandtag mit der Ausarbeitung der endgültigen Bauprojekte beauftragt worden. Neben Regierungs- und Behördenvertretern gehörten ihm Dr. Finkenwirth und Professor Franzius von der Wasserwirtschaftlichen Gesellschaft in Hannover an, unter dessen Leitung das „Westharzsperrnbüro“ bis Ende 1926 den endgültigen Entwurf anfertigte. Der Protokollant fasste das Ergebnis in den Worten zusammen: „Die stellenweise außerordentlich erregte Versammlung schließt mit der Erkenntnis der Interessenten von Nordwest- und Oberharz, daß man zunächst die Pläne für den Südwestharz verwirklichen will und nicht geneigt ist, gleichzeitig die Belange der beiden erstgenannten Gebiete mit einzubeziehen. Auch in langen persönlichen Besprechungen nach der Sitzung wird an diesem Ergebnis nichts geändert, wohl wird bekannt, daß das Westsperrenkuratorium beabsichtigt, als Folge dieser Sitzung sein Amt niederzulegen.“³⁵

Das Gremium trat zwar nicht zurück, sah sich aber doch genötigt, die Oberharzer zu beschwichtigen, denn auch auf anderen Ebenen hatte die geschickte Vorgehensweise, die Talsperrenpläne durch Parlamentsbeschlüsse zu beschleunigen

und dadurch die Ministerien zu übergehen, Unmut hervorgerufen. Im Entwurf des Westharzwasser-Gesetzes, das der Preußische Landtag im Februar/März 1927 verhandelte, gab es juristische Streitfragen bezüglich des Wasserrechts. In der juristischen Bergabteilung des Handelsministeriums war man „aufs äußerste verstimmt“, wie Köhler dem Landrat mitteilte. Er sah in der Wasserrechtsfrage einen Ansatzpunkt, um die Westsperrungen noch verhindern zu können, und warnte die Oberharzer, sich nicht zum Einlenken bewegen zu lassen³⁶.

Das Westsperrungen-Kuratorium kam am 21. Februar 1927 zu einer Besprechung in das Zellerfelder Landratsamt, bei der die Wirtschaftsbelange des Oberharzes und die Wünsche der dortigen Gemeinden für den Ausbau der Wasserwirtschaft erörtert wurden. William Köhler hatte wenige Tage zuvor an den Vorsitzenden des Volkswirtschaftlichen Vereins Otto Spinzig geschrieben und ihm geraten, nicht nachzugeben: „Die Herren Franzius, Finkenwirth und auch der Landeshauptmann haben sich in eine schwierige Situation hineingebracht. Es liegt durchaus kein Anlaß vor, ihnen [...] aus dieser herauszuhelfen, im Gegenteil muß die für uns in Berlin augenblicklich günstige Situation kräftigst gegen die Westsperrungen ausgenutzt werden und verhütet werden, daß etwa eine nachgiebige Resolution zustande kommt, die von den hannoveraner Herren nach Berlin für ihre Pläne ausgenutzt werden könnte.“³⁷

Doch Köhlers Warnungen erfolgten vergeblich: Schon einen Tag nach der Besprechung schickte Dr. Finkenwirth ein Telegramm an Spinzig, in dem er „dringend telegraphisch [...] sofortige Bestätigung völligen Einverständnisses zwischen Westsperrenkuratorium und Oberharz wegen heutiger Hauptausschußsitzung Landtag über Westsperrungen“ erwartete. Dieser drahtete umgehend zurück: „Unter Voraussetzung loyaler Erfüllung der Zusagen Kuratoriums durch Landeshauptmann vierten Februar Ständehaus Hannover betreffend Gleichstellung Oberharzes im Gesamtprojekt sowie Vertretung in Organen besteht Einverständnis mit Kuratorium stop Erwünscht Fassung Absatzes 2 Paragraph 1 Gesetzentwurfs Gebietsgrenzen werden durch die zuständigen Minister bestimmt stop Bezüglich Inhaber staatlichen Harzwasserrechts hiesiger Preußag Zweigstelle nicht erklärungs berechtigt.“

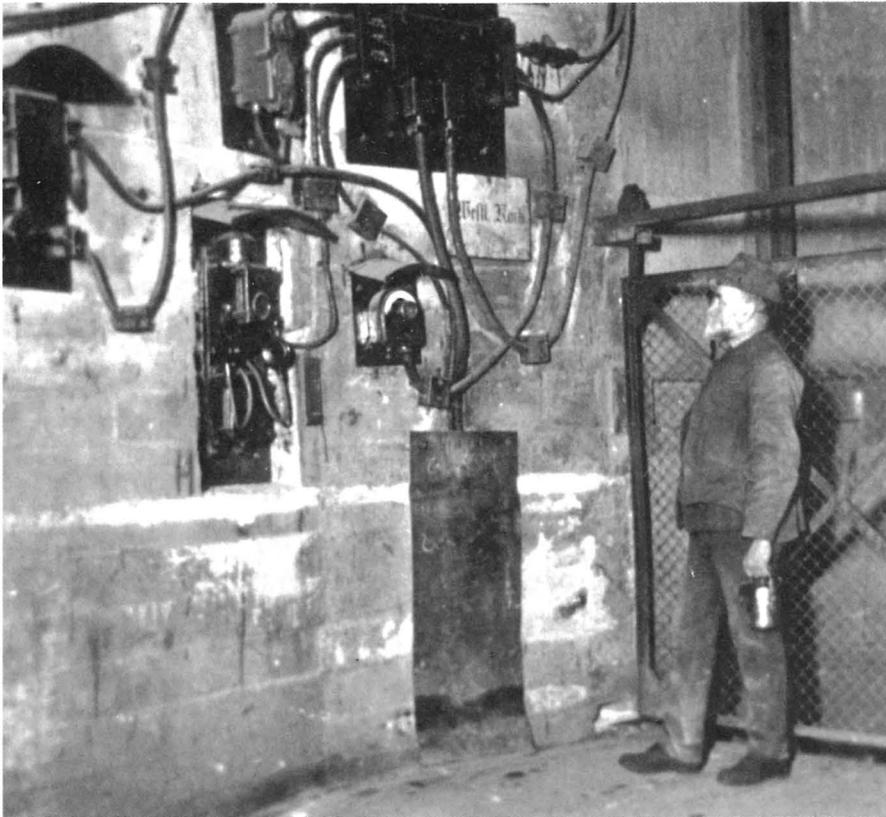
Dieses Telegramm benutzte Finkenwirth im Landtag geschickt für seine Zwecke. Außerhalb des Harzes konnte so der Eindruck entstehen, die Verärgerung im Oberharz sei nur künstlich hervorgerufen worden: „Gerade die maßgebenden

Leute haben sich aber schon eines Besseren belehren lassen. Als Beispiel diene Bergrat Spinzig, der sich anfänglich entschieden gegen die Pläne für den Südwest-Abschnitt ausgesprochen hat, sie nachher aber in einem Telegramm an den Hauptausschuss des Landtages ebenso entschieden befürwortet hat.“³⁸

Um solchen Meinungen entgegenzuwirken, forderte Köhler Spinzig dann in einem Eilbrief auf, die Angelegenheit richtig zu stellen. Er habe „Herren“ von der rheinisch-westfälischen Industrie mobilisiert, die aber nichts zu seiner Unterstützung unternehmen würden, wenn der Eindruck bestünde, der Oberharz wünsche den Bau der Westharz-Talsperren. An Rhein und Ruhr wusste man von der strittigen Frage spätestens seitdem der preußische Staat Gelder bewilligen wollte. Im Frühjahr 1927 waren z.B. in der Essener „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ Artikel gegen die Westsperrungen erschienen, so am 6. Mai mit dem Titel „Ein Musterbeispiel staatlicher Wirtschaftspolitik“. Der Harzwasser-Berater sah sich genötigt, schriftlich gegen die dortige „ungeheuerliche“ Darstellung Einspruch zu erheben, aber der Herausgeber des bergbaufreundlichen „Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsdienstes“ August Heinrichbauer, der mit Köhler in Kontakt stand, beruhigte die Redaktion. Er wüsste von mehreren Gewährsleuten, dass sich sowohl die Regierung wie auch der Preußische Landtag vom Vorgehen der Westsperrungenbefürworter über-

Deckblatt der Denkschrift von 1933

Denkschrift
über
„Das Oberharzwerk“
(Ein Wassertrafprojekt
von Bergrat Köhler-Reddinghausen)
von
**der Stadtfraktion der NSDAP.
Clausthal-Zellerfeld**



Elektroinstallation im Kaiser-Wilhelm-Schacht des Oberharzer Bergwerksmuseums

rumpelt fühlen: „Es ist durch geschickte Agitation – insbesondere durch künstliche Erzeugung von ‚Welfenangst‘ – gelungen, die Staatsregierung und das Parlament so unter Druck zu setzen, daß tatsächlich die Bewilligung erfolgt ist.“ Sowohl im Finanz- als auch im Handelsministerium bestünden Bedenken gegen das Vorhaben. Die Forstabteilung sei ohnehin eher Köhlers Projekt zugegan, da es weniger forstwirtschaftliche Schäden verursache. Die Lage sei nicht so eindeutig, wie der Harzwasser-Beirat es dargestellt habe, daher rühre die scharfe Form des Schreibens³⁹.

Das Westsperrren-Kuratorium demonstrierte nach außen hin Einigkeit mit dem Oberharz und ließ in einer Pressekonferenz die bisherigen Verhandlungsergebnisse verlautbaren: Die Westharzer Talsperren würden die Belange des Oberharzes nicht berühren, das Oberharzwerk solle nochmals geprüft werden, aus dem Oberharz sollten drei Vertreter für das Gremium benannt werden. Die neue Taktik seit Jahresanfang 1927 ging dahin, dass die Westsperrren zu befürworten seien, wenn sie das Oberharzwerk nicht ausschlossen. Berg-rat Köhler verurteilte diese Argumentation als inhaltslos, da sich beide Vorhaben nicht miteinander vereinbaren ließen. So könne beispielsweise der Leine nicht noch mehr Wasser zugeleitet

werden, die „landeskulturellen Leistungen“ des Hochwasserschutzes, der Trinkwasserversorgung und der Niedrigwasseraufhöhung würden dann schon von den Talsperren erbracht⁴⁰, womit dem Oberharzwerk die Aussichten auf Realisierung genommen wären.

Nachbetrachtung

In den folgenden Jahren wurde es still um das Oberharzwerk, die Talsperren wurden bewilligt, ihr Bau in Angriff genommen. Erst 1933 griffen die Lokalpresse im Oberharz und die NSDAP-Fraktion im Stadtrat von Clausthal-Zellerfeld die Idee wieder auf⁴¹. Doch abermals sollten die Bemühungen erfolglos bleiben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte der inzwischen 75-jährige William Köhler im Jahre 1949 zum letzten Mal, sein Projekt in Gang zu bringen. Mit Vertretern der Preussag, der Bergakademie und des Oberbergamtes in Clausthal-Zellerfeld unternahm er eine Fahrt in das Gelände, doch bei der abschließenden Besprechung beschied ihn der Vertreter der Preussag: „Wir haben an ihren Plänen kein Interesse, denn wir sind mit

Wasserkraft saturiert.“⁴² Bis zu seinem Tod im Jahre 1951 war Köhler unermüdlich damit beschäftigt, selbst teilweise vom Krankenbett aus, Interesse für die Wiederaufnahme des Oberharzer Bergbaus durch die Ausnutzung der in der Natur zur Verfügung stehenden Wasserkraft zu wecken⁴³.

Im Verlauf der Jahrzehnte gab es verschiedene Vorschläge für den Ausbau der Oberharzer Wasserwirtschaft⁴⁴ im großen Stil, die alle auf dem gleichen, erstmals von William Köhler ausgearbeiteten Grundgedanken basierten. Außer ihm hatten die Wasserwirtschaftliche Gesellschaft Hannover, das Talsperren-Neubauamt Goslar im Auftrag des Reichsverkehrsministeriums und mehrere Obergutachter, auch der Ingenieur Gaebel, Pläne zum Großausbau der Wasserkraft im Oberharz ausgearbeitet. Das Argument, das Köhler oft selbst anzuführen pflegte, seine Idee könne so falsch nicht sein, wenn sie von anderen Stellen aufgegriffen werden würde, war durchaus berechtigt. Allerdings schlugen andere Projekte für den weiteren Verlauf ab dem Oderteich verschiedene Richtungen ein⁴⁵.

Eines war allen Vorhaben gemeinsam, ihre Verwirklichung war nur im Einvernehmen mit der Trägerin der bestehenden Oberharzer Wasserwirtschaft, der Preussag, möglich. Ohne deren Zustimmung waren keinerlei Projekte durchzusetzen. Ihr Bergwerks- und Hüttenbetrieb wäre aber möglicherweise von Betriebsstörungen und eine eventuelle Verteuerung der Energie beeinträchtigt worden. Die vorhandenen, betriebswirtschaftlich größtenteils schon abgeschriebenen Anlagen verursachten dagegen weder Probleme noch Kosten und reichten für den bestehenden Betrieb aus.

Eine Antwort auf die Frage, ob William Köhlers „Oberharzwerk“ unter anderen Voraussetzungen und Konstellationen verwirklicht worden wäre, muss im Bereich der Spekulation bleiben. Die größten Chancen hätte es bis zur Mitte der 1920er Jahre gehabt. Doch war die Bergverwaltung von der technischen Undurchführbarkeit überzeugt. Köhler hätte in dieser Zeit versuchen können, andere Interessenten an der Energie in und um Braunschweig oder Hannover für sein Projekt zu gewinnen, die sich für die Realisierung hätten stark machen können. Aber selbst dann wäre die Bergverwaltung aufgrund der bestehenden Rechtslage in der stärkeren Position gewesen. Danach begannen übergeordnete Gesichtspunkte das Projekt zu überholen: Im wasserbaulichen Bereich übernahmen die Talsperrenbauten landeskulturelle Aufgaben und im Bereich

der Energiewirtschaft entstanden leistungsfähige Kraftwerke auf Kohlebasis.

Auch Köhlers Grundansatz, sein Projekt würde Verbesserungen für den Bergbau wie für den gesamten Oberharz mit sich bringen, erwies sich mit der Einstellung des Bergbaus um Clausthal-Zellerfeld als gegenstandslos. Zu Beginn der 30er Jahre verbrauchen die Oberharzer Berg- und Hüttenwerke der Preussag im Jahresdurchschnitt 8-9 Mio. KWh, während mit den vorhandenen Anlagen 12 Mio. KWh erzeugt wurden. Der Überschuss an Energie kam seit 1933/34 den Unterharzer Werken am Rammelsberg und in Oker zugute⁴⁶. Generell verlor der Oberharz durch die weitestgehende Einstellung des Bergbaubetriebes endgültig seine einstmals überregional bedeutsame Stellung als Industrieregion. Investitionen in den aufblühenden neuen Industrierevieren, etwa in Salzgitter, waren attraktiver als im jetzigen „Notstandsgebiet“ Oberharz.

Anmerkungen

- 1 Ausführlich vgl. Roseneck/Marbach 1993.
- 2 Archiv des Oberbergamts Clausthal-Zellerfeld (fortan: OBA CLZ), VIII f 74, Nr. I: Protokoll einer Versammlung zur Besprechung der Bestrebungen und Pläne der Gesellschaft für Wasserwirtschaft im Harze vom 26. September 1912.
- 3 Finkenwirth 1927, S. 8 f.
- 4 OBA CLZ, VIII f 74, Nr. I: Denkschrift eingegangen am 2. Januar 1912.
- 5 Ausführlich vgl. Collorio 1932.
- 6 Vgl. z.B. Büsselberg/Spannhuth 1914; hier werden Höhenteiche statt Talsperren zur Wasserregulierung und Energiegewinnung vorgeschlagen, so für die Clausthaler Hochebene (S. 9 f.) ein Stausee oberhalb von Buntenbock mit einer Fläche von 226 ha und 27 Mio. m³ Inhalt.
- 7 Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover (fortan: NHStAH), Hann. 174 Zellerfeld, Nr. 3486: Schreiben Dr. Stegemann, Braunschweig, v. 20.02.1917, – vgl. auch Vereinigung 1918.
- 8 Momber 1925.
- 9 NHStAH, Hann. 174 Zellerfeld, Nr. 3490: Tätigkeitsbericht Mai 1921.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd., Tätigkeitsbericht Nr. 1 der Wasserwirtschaftlichen Gesellschaft, August 1921.
- 12 Ebd., Schreiben der Gesellschaft v. 05.05.1922.
- 13 Ebd., Tätigkeitsberichte Nr. 3 und 4 der Gesellschaft, August und November 1924.
- 14 Finkenwirth 1927, S. 10 f.
- 15 Ob die Einschätzung, dass die Durch-

- führung des Projekts in der vom Talsperren-Neubauamt geplanten Form zu einer Trockenlegung der Flussunterlieger geführt hätte, richtig war, wird von Fachleuten allerdings bestritten, – vgl. Schmidt 1983, S. 130.
- 16 Finkenwirth 1927, S.13.
 - 17 Hoffmann 1969, S. 2.
 - 18 OBA CLZ, VIII, f 74, Nr. III, VIII, f 74, Nr. I; vgl. auch Archiv des Oberharzer Bergwerksmuseums (fortan: AOBM), Akten W. Köhler und Wasserkraftprojekt.
 - 19 Zitiert nach Köhler 1921, S. 4; im Vorwort gibt Köhler an, dass der Druck auf seiner Arbeit aus dem Jahr 1912 basiert und nicht umgearbeitet wurde.
 - 20 Bei Köhler 1924 sind es dann nur noch 25 Mio. m³.
 - 21 In der späteren Fassung aus dem Jahr 1924 durch einen Stollen nach Billerbeck.
 - 22 Köhler 1921, S.12.
 - 23 OBA CLZ, VIII f 74, Nr. III: Abschrift der Äußerung Zieglers zur Arbeit des Herrn Bergassessor Köhler vom 16.04.1912.
 - 24 Ebd., Schreiben Köhlers vom 30.11.1919.
 - 25 AOBM, W. Köhler: Bemerkungen von William Köhler (dat. 1937) im Zusammenhang mit Auszügen aus „Der bergfiskalische Teil des Oberharzes“ von Oberbergrat Nöggerath, 1883.
 - 26 AOBM, Wasserkraftprojekt: Verschiedene Tabellen und Kostenanschläge.
 - 27 Stadtarchiv Clausthal-Zellerfeld, Nr. 49/1b: Satzung in einem Schreiben vom 26.05.1922.
 - 28 Ebd., Schreiben des Vereins an den Clausthaler Magistrat vom 23.03.1922.
 - 29 AOBM, Wasserkraftprojekt: Schreiben an Bürgervorsteher Nelle, Clausthal, v. 08.05.1922.
 - 30 NHStAH, Hann. 174 Zellerfeld, Nr. 3492: Schreiben W. Köhler an Bürgermeister Merten v. 03.01.1924.
 - 31 Ebd., W. Köhler: „Oberharzwerk und Westsperrren. Vorschläge zur Verbesserung des Leinewassers“, Recklinghausen 25.10.1926.
 - 32 Ebd., Entwürfe v. 20. und 22.11.1926.
 - 33 Ebd., Hann. 180 Hildesheim, Nr. 18748: Protokoll der Besprechung v. 14.12.1926.
 - 34 Ebd., Hann. 174 Zellerfeld, Nr. 3492: Auszugsweise Abschrift des Kreistagsprotokolls v. 11.01.1927.
 - 35 Ebd., Privates Sitzungsprotokoll (des Landrats?) als Aktennotiz, dat. 31.01.1927.
 - 36 Ebd., Schreiben Köhler v. 02.02., 19.02. und 13.04.1927.
 - 37 Ebd., Schreiben Köhler v. 18.02.1927.
 - 38 Ebd., Abschrift eines Schreibens von Heinrichbauer an Bergassessor Lohbeck, Essen, v. 14.03.1927.
 - 39 Ebd., Abschrift eines Schreibens des Harzwasser-Beirates an die „Rheinische-Westfälische Zeitung“ v. 10.05.1927 und Schreiben Heinrichbauer an den Redakteur Schröter v. 10.05.1927.
 - 40 Ebd., Protokoll einer Sitzung des Wasserwirtschaftlichen Ausschusses v. 16.03.1927, Schreiben Köhler an Landrat v. 13.04.1927.
 - 41 AOBM, Denkschrift über das Oberharzwerk der Stadtfraktion der NSDAP Clausthal-Zellerfeld, 21.09.1933.
 - 42 Ebd., W. Köhler: Schreiben der Unterharzer Berg- und Hüttenwerke an Köhler v. 31.05.1949 und Vermerk Köhlers v. 16.04.1949.
 - 43 Ebd., Korrespondenz William Köhlers mit Herbert Dennert 1950/51.
 - 44 Allgemein vgl. Fleisch 1982.
 - 45 Vgl. Weise 1934, Leipzig 1937, S. 38.
 - 46 Vgl. ebd., S. 24 f. und S. 48.

Bibliographie

- BARTELS, Christoph:
1988 Das Wasserkraft-Netz des historischen Erzbergbaus im Oberharz. Seine Schaffung und Verdichtung zu großtechnischen Systemen als Voraussetzung zur Industrialisierung, in: Technikgeschichte 56, 1988, S. 177-192.
- BÜSSELBERG, Wilhelm/SPANNHUTH, Wilhelm:
1914 Vorschläge zur Neugestaltung der Wasserwirtschaft im Harz, Halle 1914.
- COLLORIO, F.:
1932 Die Sösetalsperre. Ihr Werden und Wirken, Osterode 1932.
- FINKENWIRTH, Kurt:
1927 Die Harzwasserwerke der Provinz Hannover, Hannover 1927.
- FLEISCH, Gerhard:
1982 Das Oberharzer Wassersystem. Seine Anpassungsfähigkeit an sich ändernde Verbrauchsstandorte und Nutzungsformen sowie seine Erhaltung, Diss. Clausthal-Zellerfeld 1982.
- HOFFMANN, Albrecht:
1969 Der Harz – Land der Teiche und Talsperren, Clausthal-Zellerfeld 1969.
- KÖHLER, William:
1921 Die Bedeutung der freien Wasserkräfte des Oberharzes für die wirtschaftliche Zukunft der sieben Bergstädte und für wirtschaftliche Fragen der Provinz Hannover, Causthal 1921.
1924 Das Oberharzwerk. Ein Wasserkraftprojekt, in: Deutsche Wasserwirtschaft 7, 1924, S. 1-12.
1925 Die Harzwasserkräfte. Eine Erwidern, Quedlinburg 1925.
- MOMBER:
1925 Der Ausbau der Harzwasserkräfte, in: Deutsche Wasserwirtschaft 20, April 1925, S. 74-80.
- ROSENECK, Reinhard/MARBACH, Wilhelm:
1993 Historische Bergbauregion Harz. Denkmalpflegerisch/museales Rahmenkonzept, Braunschweig/Clausthal-Zellerfeld 1993.
- SCHMIDT, Martin:
1983 Ausbauplanungen der modernen Wasserwirtschaft im Harz, in: Neues Archiv für Niedersachsen 32, 1983, H. 2, S. 123-135.
- VEREINIGUNG zur Förderung der südlichen Linie des Mittellandkanals:
1918 Der Mittellandkanal, Braunschweig 1918.
- WEISE, Eberhardt:
1937 Die Wasserwirtschaft des Oberharzes unter besonderer Berücksichtigung der Elektrizitätsversorgung, Leipzig 1937.

Anschrift der Verfasserin:

Claudia Küpper-Eichas M.A.
Rethwischer Straße 14
D-25566 Lägerdorf